

Verbindlichkeitserklärung hinsichtlich der im Rahmen der Gigabitförderung 2.0 des Bundes im Markterkundungsverfahren gemeldeten Ausbauplanung

Bezeichnung des Markterkundungsverfahrens, Link zur Veröffentlichung unter [jeweilige Onlineplattform eintragen]	
Datum der Veröffentlichung bzw. Start- und Enddatum des Markterkundungsverfahrens	
Bezeichnung der Gebietskörperschaft, Bundesland	
Adresse Gebietskörperschaft (Straße, Hausnummer und PLZ)	
Name bzw. Firma des Telekommunikationsunternehmens, Bundesland	
Adresse Telekommunikationsunternehmen (Straße, Hausnummer und PLZ)	
Vertretungsberechtigt und oder Kontaktperson des Telekommunikationsunternehmens bei Rückfragen/Nachforderungen	Name:
	Tel:
	E-Mail:

Präambel

Die [Bezeichnung der Gebietskörperschaft] führt in Vorbereitung eines geförderten Netzausbaus gemäß der Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen in „grauen Flecken“ (im Folgenden: **Gigabit-Rahmenregelung**) und der Richtlinie des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 31.03.2023 (im Folgenden: **Gigabit-Richtlinie 2.0**)

eine Markterkundung durch. Um den Vorrang des privatwirtschaftlichen Ausbaus zu gewährleisten und Wettbewerbsverzerrungen auf ein Minimum zu beschränken, werden privatwirtschaftliche Ausbauplanungen der nächsten drei Jahre für das potentielle Fördergebiet im Rahmen des Markterkundungsverfahrens abgefragt.

§ 4 Abs. 4 der Gigabit-Rahmenregelung und damit übereinstimmend §155 Abs. 5 S. 1 des Telekommunikationsgesetzes eröffnen die Möglichkeit, dass nur rechtlich verbindliche Meldungen im Rahmen eines Förderprogramms zu berücksichtigen sind. Davon wurde in der Gigabit-Richtlinie 2.0 Gebrauch gemacht (Nr. 5.5 Abs. 1 Satz 4).

Vor diesem Hintergrund erklärt

[Firma des Telekommunikationsunternehmens]

(im Folgenden „TKU“)

vertreten durch **[Name und Funktionsbezeichnung]**

gegenüber

[Name Gebietskörperschaft]

(nachfolgend „die Gebietskörperschaft“)

das Folgende:

1. Gegenstand der Erklärung und Verpflichtung

- 1.1. Diese Erklärung betrifft die Errichtung und den Betrieb eines Breitbandnetzes (mindestens homes passed), das für jeden Anschluss in dem in **Anlage 1** dargestellten Ausbaugebiet Bandbreiten von zuverlässig mindestens einem Gigabit/s zur Verfügung stellt.
- 1.2. Das TKU sichert verbindlich zu, das Netz innerhalb der nachfolgend erklärten Fristen eigenwirtschaftlich und ohne Gegenleistung der Gebietskörperschaft zu errichten und in Betrieb zu nehmen.
- 1.3. Das TKU erkennt an, dass gemäß Nr. 5.5 Abs. 1 Satz 4 der Gigabit-Richtlinie 2.0 i. V. m. § 4 Abs. 4 der Gigabit-Rahmenregelung bei Fristtäumnis bzw. Nichterreichen eines

Meilensteins nach Nr. 2 durch das TKU der Vorrang des privatwirtschaftlichen Ausbaus entfällt und die Gebietskörperschaft Förderprojekte ohne erneute Durchführung eines Markterkundungsverfahrens in dem gemeldeten Ausbaugebiet entsprechend **Anlage 1** unmittelbar beantragen und durchführen kann.

1.4. Das TKU wird in dem von dieser Erklärung erfassten Gebiet eine Vorvermarktung mit einer angestrebten Quote von [xx] % abgeschlossener Vorverträge durchführen. Wird diese Quote nicht erreicht, entfallen alle aus dieser Erklärung entstehenden Pflichten. Dem TKU bleibt es unbenommen, trotz Nichterreicherung der angestrebten Vorvermarktungsquote nach Ablauf des Vorvermarktungszeitraums einmalig und unwiderruflich zu erklären, am eigenwirtschaftlichen Ausbau festzuhalten. Die Ausbaumeldung und alle aus dieser Erklärung entstehenden Pflichten sind dann weiterhin zu berücksichtigen.

2. Fristen und zu erreichende Meilensteine

2.1 Der Ausbau und die Inbetriebnahme des Netzes im Sinne von Nr. 1 erfolgen bis zum [3 *Jahre ab Beendigung des Markterkundungsverfahrens¹*].

2.2 Das TKU legt der Gebietskörperschaft

- innerhalb eines Monats nach Ablauf der Meldefrist im Markterkundungsverfahren einen Nachweis über die Einleitung des Vorvermarktungsverfahrens und
- nach Ablauf von weiteren sechs Monaten das Ergebnis der Vorvermarktung vor.

2.3 Das TKU legt der Gebietskörperschaft spätestens bei Erreichen der angestrebten Vorvermarktungsquote innerhalb

- von zwei Monaten nach Ablauf der Vorvermarktung einen glaubhaften Geschäftsplan sowie Unterlagen vor, aus denen die Meilensteine des geplanten Ausbaus (einschließlich adressscharfer Festlegung des Gebiets, verwendete Ausbautechnik) hervorgehen;
- von vier Monaten nach Ablauf der Vorvermarktung einen die Ausbauzusage belegenden Geschäftsplan sowie weitere Finanzunterlagen, wie Bankdarlehensverträge, vor;
- von zwölf Monaten nach Ablauf der Vorvermarktung einen Bericht vor, aus dem sich der gesamte Projektfortschritt sowie der Nachweis ergibt, dass die Investitionen

¹ Beendigung meint den Ablauf der Meldefrist im Markterkundungsverfahren (inklusive einer etwaig gestarteten Vorvermarktung).

angelaufen sind und die meisten erforderlichen Genehmigungen sowie Wegrechte (einschließlich Erklärungen von bzw. Nutzungsverträge mit Grundstückseigentümern usw.) erteilt worden sind.

2.4 Die in Nr. 2.2 und Nr. 2.3 bezeichneten Fristen verlängern sich, falls eine entsprechende Vereinbarung zwischen Gebietskörperschaft und TKU vorliegt bzw. eine Behinderung beim Ausbau des Netzes eintritt und diese verursacht ist durch

- einen Umstand aus dem Risikobereich der Gebietskörperschaft bzw. der öffentlichen Hand;
- Streik oder eine von der Berufsvertretung der Arbeitgeber angeordnete Aussperrung im Betrieb des TKUs oder in einem unmittelbar für ihn arbeitenden Betrieb; oder
- höhere Gewalt oder andere für das TKU objektiv unabwendbare Ereignisse.

2.5 Das TKU teilt der Gebietskörperschaft den Eintritt einer Behinderung sowie deren Wegfall unverzüglich mit, sobald es davon jeweils Kenntnis erlangt hat. Das TKU hat die Gründe für eine Fristverlängerung glaubhaft zu machen. Die Frist verlängert sich maximal um den Zeitraum der Behinderung. Die Gebietskörperschaft teilt dem TKU spätestens einen Monat nach Eingang der Behinderungsanzeige das jeweils neue Fristende mit.

3. Fristsäumnis, Nichterfüllung der Ausbaupflichtung durch das TKU

Die Gebietskörperschaft kann vom TKU nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz der Aufwendungen verlangen, die sie im Vertrauen auf die Erklärung nach Nr. 1 in Verbindung mit Nr. 2.1 getätigt hat, falls das TKU eine Frist nach Nr. 2.3 versäumt und die Gebietskörperschaft daraufhin ein Förderprojekt beantragt.

4. Wegfall der Ausbaupflichtung

Die Ausbaupflichtung entfällt ganz für den Fall des Eintretens eines der nachfolgend genannten Umstände:

- der geschuldete Ausbau des Netzes wird ganz oder teilweise durch ein anderes Telekommunikationsunternehmen durchgeführt;
- die für den geschuldeten Netzausbau erforderlichen behördlichen Genehmigungen werden aus einem nicht von dem TKU zu vertretenden Grund nicht erteilt oder unter

Bedingungen/Auflagen erteilt, bei deren vorheriger Kenntnis das TKU bei objektiver Wertung der Gesamtumstände diese Ausbaupflichtung nicht übernommen hätte;

- die Vorvermarktungsquote nach Nr. 1.4 wird nicht erreicht;²
- der geschuldete Ausbau wird ganz oder teilweise im Rahmen eines öffentlichen geförderten Ausbauprojekts durchgeführt.

5. Schlusserklärung

5.1. Sollten einzelne oder mehrere Teile dieser Erklärung ganz oder teilweise unwirksam sein, so berührt dies nicht die Gültigkeit der Erklärung im Übrigen.

5.2. Für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dieser Erklärung wird [*Sitz der Gebietskörperschaft*] als Gerichtsstand vereinbart.

Diese Erklärung wird in zwei Originalen ausgefertigt. Das TKU und die Gebietskörperschaft erhalten je eine Ausfertigung.

Ort/Datum

Unterschrift eines im
Außenverhältnis
Vertretungsberechtigten des
TKU³

Ort/Datum

Unterschrift eines
Vertretungsberechtigten der
Gebietskörperschaft

² Nr. 1.4 Satz 3 und 4 bleiben unberührt.

³ Mindestens Personen mit Prokura gem. §§ 48 ff. HGB oder (nachgewiesener) Handlungsvollmacht gem. §§ 54 ff. HGB.

Anlage 1: Darstellung des Ausbaugebietes